

Satzung

über die Erhebung von Abwassergebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung im Einzugsgebiet der Teichkläranlage Kotten (Abwassergebührensatzung Kotten - AbwGSK)

Diese Lesefassung berücksichtigt:

1. die am 15.07.2015 vom Stadtrat beschlossene Abwassergebührensatzung, ausgefertigt am 20.07.2015, (veröffentlicht im Amtsblatt 15/15 vom 24.07.2015; in Kraft getreten rückwirkend zum 01.01.2015),
2. die am 28.02.2018 vom Stadtrat beschlossene 1. Änderungssatzung, ausgefertigt am 02.03.2018, (veröffentlicht im Amtsblatt 05/18 vom 09.03.2018; in Kraft getreten rückwirkend zum 01.01.2018),
3. die am 10.03.2021 vom Stadtrat beschlossene 2. Änderungssatzung, ausgefertigt am 11.03.2021, (veröffentlicht im Amtsblatt 06/21 vom 19.03.2021; in Kraft getreten rückwirkend zum 01.01.2021),
4. die am 13.12.2023 vom Stadtrat beschlossene 3. Änderungssatzung, ausgefertigt am 14.12.2023, (veröffentlicht im Amtsblatt 24/23 vom 22.12.2023; in Kraft getreten zum 01.01.2024),
5. die am 17.04.2024 vom Stadtrat beschlossene 4. Änderungssatzung, ausgefertigt am 18.04.2024, (veröffentlicht im Amtsblatt 08/24 vom 26.04.2024; in Kraft getreten rückwirkend zum 01.01.2024).

Rechtsgrundlagen:

- Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)
- Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG)

§ 1 Erhebungsgrundsatz, Geltungsbereich

- (1) Die Stadt Wittichenau erhebt für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung „Zentrale Abwasserbeseitigung Ortsteil Kotten“ (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 AbwBesS) Abwassergebühren für die Teilleistungen Schmutzwasserentsorgung und Niederschlagswasserentsorgung nach Maßgabe dieser Satzung in Verbindung mit der Abwasserbeseitigungssatzung (AbwBesS) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
- (2) Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst den Einzugsbereich der Teichkläranlage Kotten.

§ 2 Gebührenschuldner

- (1) Schuldner der Abwassergebühr ist der Grundstückseigentümer. Der Erbbauberechtigte oder der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers Gebührenschuldner.
- (2) Mehrere Gebührenschuldner für dasselbe Grundstück sind Gesamtschuldner.

§ 3 Gebührenmaßstab für die Schmutzwassergebühr

- (1) Die Schmutzwassergebühren werden nach der Menge der häuslichen bzw. gewerblichen Abwässer berechnet, die auf dem an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossenen Grundstück anfallen.
- (2) Als angefallene Schmutzwassermenge im jeweiligen Veranlagungszeitraum gilt
 1. bei öffentlicher Wasserversorgung der durch Zählerablesung festgestellte Wasserverbrauch und
 2. bei nichtöffentlicher Trink- und Brauchwasserversorgung die dieser entnommene Wassermenge,
 3. das auf Grundstücken anfallende Niederschlagswasser, soweit es als Brauchwasser im Haushalt oder Betrieb genutzt und in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird.
- (3) Die zugrundulegenden Wassermengen sind von der Stadt zu schätzen, wenn
 1. ein Wasserzähler nicht vorhanden ist,
 2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird,
 3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht angibt.

- (4) Bei nichtöffentlicher Wasserversorgung, bei der Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser im Haushalt oder bei sonstigen Einleitungen nach § 7 Abs. 4 AbwBesS hat der Gebührenschuldner grundsätzlich geeignete Messeinrichtungen auf seine Kosten anzubringen, zu unterhalten und bei der Stadt unverzüglich anzumelden. Für diese Messeinrichtungen gelten die in § 4 Absatz 1 geregelten Anforderungen.

§ 4 Absetzungen bei Schmutzwassergebühren

- (1) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden, werden auf schriftlichen Antrag des Gebührenschuldners bei der Bemessung der Schmutzwassermengengebühr abgesetzt. Der Nachweis ist grundsätzlich durch einen für den Geschäftsverkehr zugelassenen, geeichten Wasserzähler zu erbringen, der von einem Installateurunternehmen, das einen aktuell gültigen Installateurausweis eines Trinkwasserversorgers vorweisen kann, fest in die Kundenanlage eingebaut worden sein muss. Sofern ein Schlauchanschluss an der Armatur möglich ist, muss auch eine Sicherung gegen rückfließendes Wasser (DIN 1988, Teil 4) installiert werden. Der eingebaute Unterzähler wird nach Anzeige des Gebührenschuldners mit dem Zählereinbauschein durch die Stadt gebührenpflichtig abgenommen. Dabei ist nachzuweisen, dass über diesen Zähler nur Wassermengen entnommen werden können, deren Einleitung als Abwasser ausgeschlossen ist. Die Kosten des Unterzählers, des Einbaus, der Rückflusssicherung, der Abnahme und der Verplombung sowie des Zählerwechsels nach Ablauf der Eichfrist mit erneuter Abnahme und Verplombung trägt der Gebührenschuldner (§ 6 Abs. 3 – Zählerabnahmegebühr).
Für die Überwachung des Ablaufs der Eichfrist und den rechtzeitigen Zählerwechsel ist der Gebührenschuldner verantwortlich. Ist die Eichfrist abgelaufen und es wurde nicht rechtzeitig ein neuer, den Anforderungen entsprechender Zähler eingebaut, kann ab diesem Zeitpunkt keine Absetzung mehr vorgenommen werden.
- (2) Wird bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Viehhaltung, bei Pensionstierhaltung u.ä. die abzusetzende Wassermenge nicht durch Messungen nach Absatz 1 Satz 2 ff. festgestellt, werden die nicht eingeleiteten Wassermengen pauschal ermittelt. Dabei gilt als nicht eingeleitete Wassermenge im Sinne von Absatz 1 Satz 1:
1. je Vieheinheit bei Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen 15 m³/Jahr und
 2. je Vieheinheit Geflügel 5 m³/Jahr.
- Der Umrechnungsschlüssel für Tierbestände in Vieheinheiten gemäß § 51 des Bewertungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung ist entsprechend anzuwenden. Für den Viehbestand ist der Stichtag maßgebend, nach dem sich die Erhebung der Tierseuchenbeiträge für das laufende Jahr richtet.
Diese pauschal ermittelte, nicht eingeleitete Wassermenge wird von der gesamten verbrauchten Wassermenge abgesetzt. Die danach verbleibende Wassermenge muss für jede für das Betriebsanwesen einwohnermelderechtlich erfasste Person, die sich dort während des Veranlagungszeitraums nicht nur vorübergehend aufgehalten hat, mindestens 25 m³/Jahr betragen. Wird dieser Wert nicht erreicht, ist die Absetzung entsprechend zu verringern.
Als Absetzungsantrag gilt in diesen Fällen der Nachweis der Viehbestände mittels Kopie der jährlichen Meldung zur Tierseuchenkasse.
- (3) Anträge auf Absetzung nicht eingeleiteter Wassermengen sind bis zwei Wochen nach Ablauf des Veranlagungsjahres zu stellen. Dabei sind vom Gebührenschuldner unaufgefordert der Zählerstand des Wasserzählers nach Abs. 1 bzw. der Viehbestand nach Abs. 2 zu melden.

§ 5 Gebührenmaßstab für die Niederschlagswassergebühr

- (1) Bemessungsgrundlage für die Niederschlagswassergebühr sind die bebauten und befestigten Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangen kann. Als Einleitungsflächen gelten die bebauten und befestigten Grundstücksteilflächen nach Satz 1 multipliziert mit dem jeweils geltenden Versiegelungsfaktor gemäß Absatz 2. Die Einleitungsflächen werden jeweils auf volle m² abgerundet.
Maßgebend für die Flächenberechnung ist der Zustand zu Beginn des Veranlagungszeitraumes; bei erstmaliger Entstehung der Gebührenpflicht gilt der Zustand zum Zeitpunkt des Beginns des Benutzungsverhältnisses.
- (2) Die für die Berechnung der Einleitungsfläche maßgeblichen Versiegelungsfaktoren werden unter Berücksichtigung des Grades der Wasserdurchlässigkeit für die einzelnen Versiegelungsarten wie folgt festgesetzt:

1.	Dächer	0,9
2.	Befestigte Flächen	
2.1.	Asphalt und Beton	0,9
2.2.	Pflaster, Platten, Verbundsteine	0,7
2.3.	Kies, Schotter, Rasengittersteine oder vergleichbar wasserdurchlässige Materialien	0,2
3.	Andere Versiegelungsarten:	

Für versiegelte Flächen anderer Art gilt derjenige oben genannte Faktor, der in Ziffer 1 oder 2 genannten Versiegelungsart bezüglich seiner Wasserdurchlässigkeit am nächsten kommt.

- (3) Niederschlagswasser von befestigten Flächen, das in Zisternen gesammelt wird, die nicht an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen sind, bleibt von der Niederschlagswassergebühr befreit.

§ 6 Gebührensätze

- (1) Die Grundgebühr wird in Abhängigkeit von der Anzahl und den Zählergrößen (Nenndurchfluss) der auf einem Grundstück vorhandenen Trinkwasserhauptzähler wie folgt berechnet:

Zähler bis	Q3 = 4 (alt: bis Qn 2,5 m³/h)	5,00 €/Monat
	Q3 = 10 (alt: bis Qn 6 m³/h)	12,00 €/Monat
	Q3 = 16 (alt: bis Qn 10 m³/h)	20,00 €/Monat
	Q3 = 25 (alt: bis Qn 15 m³/h)	30,00 €/Monat
	Q3 = 63 (alt: bis Qn 40 m³/h)	80,00 €/Monat
	Q3 = 100 (alt: bis Qn 60 m³/h)	120,00 €/Monat

Auf Grundstücken ohne eigenen Trinkwasserhauptzähler wird zur Berechnung der Grundgebühr die Zählergröße zugrundegelegt, die für die verbrauchte Trinkwassermenge erforderlich wäre.

Bei der Berechnung der Grundgebühr wird der Monat, in dem der Wasserzähler erstmals eingebaut oder endgültig ausgebaut wird, je als voller Monat gerechnet.

- (2) Die Schmutzwassermengengebühr für die zentrale Abwasserbeseitigung im Ortsteil Kotten beträgt 4,01 €/m³ Schmutzwasser.
- (3) Die Niederschlagswassergebühr für die zentrale Abwasserbeseitigung im Ortsteil Kotten beträgt 0,02 €/m² Einleitungsfläche und Jahr.
Die Einleitungsfläche ist die bereits mit dem Versiegelungsfaktor nach § 5 Abs. 2 multiplizierte (gewichtete), direkt oder indirekt an den Regen- oder Mischwasserkanal angeschlossene Grundstücksfläche.
- (4) Für die Abnahme und Verplombung einer für die Abwassergebührenabrechnung relevanten privaten Wasserzähleranlage wird nach der Erstinstallation und nach einem Zählerwechsel eine Zählerabnahmegebühr von 23,18 € erhoben.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschild, Veranlagungszeitraum

- (1) Die Pflicht, Gebühren zu entrichten, entsteht jeweils zu Beginn des Kalenderjahres, frühestens jedoch mit der Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlagen oder dem Beginn der tatsächlichen Nutzung.
- (2) Die Gebührenschild entsteht jeweils zum Ende eines Kalenderjahres für das jeweilige Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum).
- (3) Die Abwassergebühren nach § 6 sind einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.

§ 8 Vorauszahlungen

Innerhalb des Veranlagungszeitraumes sollen quartalsweise Vorauszahlungen für das laufende Jahr geleistet werden. Die Fälligkeit der Vorauszahlung im I. Quartal richtet sich nach dem in der Abrechnung des Vorjahres festgelegten Zeitpunkt; die Fälligkeiten im II. bis IV. Quartal sind am 15.05., 15.08. und 15.11..

Den vier Vorauszahlungen ist in der Regel jeweils ein Viertel der voraussichtlichen Gebührenschuld des laufenden Jahres zugrunde zu legen.

§ 9 Anzeigepflichten / Auskunftspflichten / Betretungsrecht

- (1) Binnen eines Monats haben der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte und der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte der Stadt den Erwerb, die Veräußerung oder die Übertragung eines an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücks anzuzeigen.
- (2) Binnen zwei Wochen nach Ablauf des Veranlagungszeitraums hat der Gebührenpflichtige der Stadt anzuzeigen:
 1. die Wasserverbrauchsmenge aus einer nichtöffentlichen Wasserversorgungsanlage,
 2. das auf dem Grundstück gesammelte und als Brauchwasser im Haushalt verwendete Niederschlagswasser,
 3. die Menge der Einleitungen aufgrund besonderer Genehmigungen (§ 7 Abs. 4 AbwBesS),
 4. Änderungen der Einleitungsflächen für die Niederschlagswassergebühr.
- (3) Der Gebührenschuldner hat alle zur Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte wahrheitsgemäß zu erteilen, auf Verlangen nachprüfbar Unterlagen zu überlassen und zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück und Gebäude betreten, um die Berechnungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen. Werden Mitteilungen oder geforderte Nachweise nicht rechtzeitig oder nicht zutreffend abgegeben, ist die Stadt berechtigt, die Berechnungsgrundlagen nach pflichtgemäßem Ermessen zu schätzen und die Schätzwerte der Gebührenberechnung zugrunde zu legen.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 6 Abs. 2 Nr. 2 SächsKAG i.V.m. § 124 Abs. 1 Nr. 1 SächsGemO handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig seinen Pflichten nach § 9 nicht, nicht wahrheitsgemäß, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 6 Abs. 3 SächsKAG mit einer Geldbuße bis zu 10.000 € geahndet werden.
- (3) Die Vorschriften des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG) bleiben unberührt.

§ 11 Inkrafttreten

(siehe Präambel)